

Antrag

der Abgeordneten Birgit Menz, Eva Bulling-Schröter, Caren Lay, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Thomas Lutze, Dr. Kirsten Tackmann, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Illegalen Elfenbeinhandel stoppen – Afrikanische Elefanten schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den letzten Jahren haben die Wilderei und der illegale Handel mit Wildtieren rasant zugenommen. Vor allem Tiere, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen „Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora“ (CITES) als besonders geschützt gelten, geraten immer häufiger ins Visier der Wilderer. Im Zuge der Weltnaturschutzkonferenz (01.-10.09.2016 auf Hawaii) wurde das Ausmaß der akuten Bedrohungslage vor allem des Afrikanischen Elefanten (*Loxodonta africana*) deutlich. Neuesten Erkenntnissen zufolge sinken die Bestände schneller als angenommen. Der erste fast Afrika-weite Elefanten-Zensus zeigt, dass statt der geschätzten 400.000 bis 600.000 Tiere nur noch gut 350.000 afrikanische Elefanten in 18 Staaten des Kontinents leben. Hauptursache ist die Wilderei (vgl. www.great-elephantcensus.com).

Auch die EU und Deutschland sind Absatzmarkt und Transitroute für den illegalen Handel mit Elfenbein. Die Beschlagnahmung von 625 Kilogramm Elfenbein im Mai 2016 am Flughafen Berlin-Schönefeld sowie die Aushebung einer Elfenbeinwerkstatt in Rheinland-Pfalz Anfang September 2016 mit einem Fund von etwa 570 Kilogramm Rohelfenbein und Elfenbeinschnitzereien bestätigen das und legen die Vermutung einer höheren Dunkelziffer nahe (vgl. www.rbb-online.de/panorama/beitrag/2016/09/elfenbeinfund-praesentation.html).

Am 13. Februar 2014 unterzeichnete Deutschland in London die Deklaration der „London Conference on Illegal Wildlife Trade“. In der Erklärung werden unter anderem alle teilnehmenden Staaten mit Lagerbeständen illegaler Wildtierprodukte (insbesondere Elfenbein) aufgefordert, diese öffentlichkeitswirksam zu zerstören, um so ein Zeichen gegen Wilderei und illegalen Wildtierhandel zu setzen.

In den Jahren 1997 und 1999 stimmten die CITES-Vertragsstaaten zu, den Schutzstatus von Elefanten in Botswana, Namibia, Simbabwe und Südafrika zu ändern. Anstatt in Anhang I ist der afrikanische Elefant seither in Anhang II von CITES gelistet und die Tiere verloren den höchstmöglichen Schutz, während die übrigen Elefantenbe-

stände dem Handelsverbot in Anhang I unterliegen. Auf der 17. CITES-Vertragsstaatenkonferenz in Johannesburg (24.09.-05.10.2016) wurde u. a. auch der Schutzstatus der afrikanischen Elefanten neu verhandelt.

Im Rahmen der Konferenz erklärten sich – bis auf Japan – alle Staaten bereit, den nationalen Elfenbeinhandel verbieten zu wollen. In vielen Ländern ist der Verkauf von Elfenbein auf dem Binnenmarkt bisher legal. Dies ermöglicht, dass Elfenbein gewilderter Elefanten im großen Stil eingeschleust und als legal deklariert werden kann. Große Absatzmärkte für legales sowie illegales Elfenbein sind u. a. China, Thailand oder auch die USA. Aber auch in der EU wird Elfenbein immer noch verkauft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Vereinbarungen der „London Conference on Illegal Wildlife Trade“ nachzukommen und dafür Sorge zu tragen, dass alle in Deutschland durch Beschlagnahme gelagerten Wildtierprodukte öffentlichkeitswirksam zerstört werden;
2. stärkere Kontrollmaßnahmen zur Aufdeckung des Schmuggels von Wildtierprodukten (vor allem Elfenbein) auf nationaler Ebene an Häfen, Flughäfen und Grenzgebieten zu veranlassen;
3. sich für umfassende fortschrittliche Methoden der Kontrolle und Bekämpfung des illegalen Wildtierhandels auf der nationalen und internationalen Ebene einzusetzen;
4. die Kontrolle des illegalen Handels durch Verstärkung der Koordinierungsmechanismen und Erweiterung der Netzwerke und bestehenden Programme (innerhalb der EU und international) sicherzustellen und die Zusammenarbeit mit Europol und INTERPOL bei der Verbesserung des CITES-Vollzuges zu intensivieren;
5. sich auf internationaler Ebene für die Umsetzung der Schließung nationaler Elfenbeinmärkte einzusetzen;
6. Anträgen zur Zulassung von Handel bzw. Herabstufungen von Arten in CITES frühzeitig entgegenzutreten;
7. sich zukünftig für die Übernahme des afrikanischen Elefanten von Anhang II in Anhang I bei CITES einzusetzen;
8. sich zukünftig für ein Populationsmodell in CITES auszusprechen, in dem Tierpopulationen in ihrer Gesamtheit und über Landesgrenzen hinweg einen einheitlichen Schutzstatus genießen;
9. auf hochrangiger Ebene mit Herkunfts-, Transit- und Abnehmerländern (wie China, Thailand oder Vietnam) die Problematik der Wilderei und des illegalen Wildtierhandels immer wieder zu thematisieren;
10. die internationale Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Herkunftsstaaten und asiatischen Abnehmerländern bei der Bekämpfung des illegalen Wildtierhandels zu unterstützen, zu fördern und voranzutreiben sowie einen ständigen Informationsaustausch aufzubauen bzw. zu stärken;
11. zivilgesellschaftliche Maßnahmen zu unterstützen, die sich speziell gegen den illegalen Handel in Ursprungs-, Transit- oder Abnehmerländern richten;
12. größere finanzielle Mittel zur Unterstützung internationaler Projekte und Zusammenarbeiten bereitzustellen, um beispielsweise Aufklärungskampagnen in asiatischen Abnehmerländern gezielt zu fördern;
13. sich für Wald- und Naturschutzprojekte sowie Maßnahmen in Verknüpfung mit der Existenzsicherung der einheimischen Bevölkerung einzusetzen, um so der Wilderei und dem illegalen Wildtierhandel die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen;

14. sich für vernetzte, artgerechte Lebensräume geschützter Arten einzusetzen sowie die Gestaltung und Schaffung von derartigen Lebensräumen unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung und unter Berücksichtigung ihrer kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen vorzunehmen;
15. internationale Maßnahmen gegen den Elfenbeinhandel, Maßnahmen für einen effektiveren CITES-Vollzug und vorsorgende Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung gegen die Elfenbeinnachfrage und für den nationalen und internationalen Elefantenschutz zu unterstützen.

Berlin, den 29. November 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Mit einem Umsatz von bis zu 19 Mrd. US-Dollar gehört die Wilderei neben Menschenschmuggel, Produktpiraterie und Drogenhandel zu den vier einträglichsten Sparten der international organisierten Kriminalität. Aufgrund mangelnder wirtschaftlicher Perspektiven geraten vor allem die von Armut betroffenen Menschen in Afrika leicht in die Fänge der Wildtiermafia. Insbesondere in Subsahara-Afrika finanzieren sich kriminelle Banden und terroristische Gruppierungen zu großen Teilen aus den Erlösen des illegalen Wildtierhandels und der Wilderei. Die Folgen wirken in vielen Gebieten Afrikas destabilisierend und befeuern lokale Konflikte. Der Handel mit Elfenbein hat somit nicht nur Auswirkungen auf den Bestand der Arten, sondern gefährdet ebenso die Sicherheit ganzer Regionen.

Innerhalb weniger Jahre erreichte die Jagd auf afrikanische Elefanten ein neues Niveau. Elfenbein erzielt auf den Schwarzmärkten Rekordpreise. Der Preis für einen Stoßzahn liegt derzeit bei etwa 30.000 US-Dollar.

1989 wurde der afrikanische Elefant in Anhang I von CITES aufgenommen und der kommerzielle Elfenbeinhandel somit international verboten. Die Elefantenpopulationen von Botswana, Namibia, Simbabwe und Südafrika wurden 1997 und 2000 in Anhang II herabgestuft. Die CITES-Vertragsstaatenkonferenz stimmte in dieser Zeit Einmalverkäufen bestimmter Lagerbestände von Elfenbein zu. Anträge zur Herabstufung von Elefantenpopulationen, verbunden mit dem Verkauf von Elfenbein, wurden von anderen Ländern wiederholt gestellt. Die Mehrheit der afrikanischen Staaten mit Elefantenbeständen lehnt den Elfenbeinhandel derzeit ab. Sie fordern ein Handelsmoratorium sowie die Zerstörung von Elfenbeinlagerbeständen.

Derzeit werden die Elefantenpopulationen nach CITES den einzelnen Ländern zugeordnet. Gerade bei vermehrt vernetzten und größeren Lebensräumen sind über Ländergrenzen hinaus wandernde Elefantenpopulationen die Regel. Um sicherzustellen, dass eine Population überall den gleichen Schutzstatus nach CITES genießt, muss das Ländermodell in CITES in ein Populationsmodell umgewandelt werden.

Mit der Deklaration von London erklärte sich die Bundesregierung unter anderem dazu bereit, beschlagnahmte und in Deutschland gelagerte Wildtierprodukte zu vernichten. Mit der Zerstörung würde die Bundesregierung sich Ländern wie den USA, Frankreich, Belgien oder auch Großbritannien anschließen, welche selbst zum Teil auch kleinere, vor allem Elfenbeinbestände, vernichteten. Selbst wichtige Abnehmerländer von Elfenbein wie China oder die Philippinen sowie Herkunftsländer wie Gabun oder jüngst Kenia zerstörten ebenso öffentlichkeitswirksam ihre stellenweise riesigen Elfenbeinbestände.

